



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Flume

Telefon: (0221) 221-35707

Fax: (0221)

E-Mail: Reinhard.Flume@STADT-KOELN.DE

Datum: 27.01.2023

Niederschrift

über die **9. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 15.02.2022, 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Christine Seiger	GRÜNE
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Sven Kaske	SPD
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Frau Viola Recktenwald	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Alexander Yohannes	Auf Vorschlag von CDU
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	Auf Vorschlag von FDP
Herr Andrea Salis	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Mandelartz	Die Fraktion
Herr Michael Winkler	Auf Vorschlag von AfD
Frau Mechthild Böll	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Gunther Quinkler	Auf Vorschlag von CDU
Herr Mario Schmitz	Auf Vorschlag von CDU

Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Robert Gaida	Auf Vorschlag von FDP
Frau Rahab Njeri	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE
Frau Sophie Sängler	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Joachim Heinlein	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Henk Benthem van	CDU

Beratende Mitglieder

Frau Monika Halbe	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Dr. Tobias Jacquemain	Auf Vorschlag von SPD
Herr Werner Kircher	Auf Vorschlag von SPD
Frau Christian Robyns	Auf Vorschlag von SPD
Frau Lena Matthießen	Auf Vorschlag von Volt
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik
Herr Luziano Gonzalez Tejon	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-COV 2 Pandemie

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**

- 2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 3.1 Bemühungen der Stadt Köln, den Fachkräftemangel in der Pflege positiv zu beeinflussen
AN/2084/2021

 - 3.2 Corona im Abwasser
AN/2394/2021

 - 3.3 Drogenkranke Menschen in Köln
AN/2618/2021
 - 3.3.1 Beantwortung der Anfrage "Drogenkranke Menschen in Köln" (AN/2618/2021)
0328/2022

 - 3.4 Impf- und Testangebote für Obdachlose, Wohnungslose, Menschen ohne Papiere und Geflüchtete in Sammelunterkünften
AN/0074/2022
 - 3.4.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat "Impf- und Testangebote für Obdachlose, Wohnungslose, Menschen ohne Papiere und Geflüchtete in Sammelunterkünften" (AN/0074/2022)
0169/2022

 - 3.5 Schwangerschaftsabbrüche in Kölner Krankenhäusern
AN/2602/2021
 - 3.5.1 Beantwortung: Schwangerschaftsabbrüche in Kölner Krankenhäusern
0288/2022

- 3.6 Erhöhte Wartezeiten für Patienten in den Notaufnahmen der rechtsrheinischen Krankenhäuser?
AN/0296/2022

- 3.7 Pflege in der Krise – Teilzeitausbildung und kommunale Unterstützung
AN/0336/2022

- 3.8 "Nora" für Hörgeschädigte
AN/0339/2022

- 3.8.1 Antwort: Nora-App für Hörgeschädigte AN/0339/2022
0546/2022

- 3.9 Schuleingangsuntersuchungen
AN/0340/2022

- 3.9.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zu Schuleingangsuntersuchungen (AN/0340/2022)
0519/2022

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 4.1 Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen
AN/2617/2021

- 4.2 Kurzfristige Corona-Schutzmaßnahmen an Schulen
AN/0367/2022

- 5 Beschlussvorlagen**

- 5.1 Weiterentwicklung der niedrigschwelligen, ambulanten und offenen Kontakt- und Beratungsangebote in den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ)
3681/2020

- 5.2 Haushaltsplan 2022 - hier: Freigabe der in Teilergebnisplan 0701 - Gesundheitsdienste veranschlagten Mittel für Transferaufwendungen
4020/2021

- 5.3 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel – bürger*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit in Köln“
4270/2021
- 5.4 Bedarfsfeststellung des Beschaffungsprogrammes 2022 für die Fahrzeuge des Brandschutzes, der Technischen Hilfeleistung und des Rettungsdienstes der Feuerwehr Köln
4363/2021
- 5.5 Weiterführung des Projektes „Plan27“ – Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive
4440/2021

6 Mitteilungen

- 6.1 Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe Kölnberg
0268/2022
- 6.2 Refinanzierung der Ausbildung von Notfallsanitäter*innen im Rettungsdienst Köln
4126/2021
- 6.3 "dieKümmerei" - Gesundheitsnetzwerk für niedrigschwelligen Zugang zu medizinischen und sozialen Leistungen im Sozialraum
0270/2022
- 6.4 3. Quartalsbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
0329/2022
- 6.5 Personalentwicklung im Gesundheitsamt während der Corona-Pandemie
0468/2022

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Präambel

RM Frau Seiger meldet für den Punkt 4.1. Beratungsbedarf an.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna verschiebt den Punkt in die nächste Gesundheitsausschusssitzung. Er informiert zu Punkt 4.2 sei ein Dringlichkeits-antrag betreffend Maskenverteilung an Schulkinder reingekommen. Die Dringlichkeit müsse nicht mehr begründet werden, der Punkt müsse aber vor Eintritt in die Tagesordnung abgestimmt werden. Er fragt, ob ein Anwesender den Punkt noch begründen möchte.

SE Herr Salis berichtet, die Pandemie sei für Kinder und Jugendliche eine immer größer werdende Belastung, auch wenn sich die Situation für die Erwachsenen entspanne. Das sei der Grund, warum dieser Punkt dringend besprochen werden sollte.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, jetzt solle noch keine inhaltliche Diskussion erfolgen, sondern nur die Dringlichkeit festgestellt werden und lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen und wird unter Punkt 4.2 der Tagesordnung einsortiert.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt die Tagesordnung in der geänderten Form insgesamt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Tagesordnung ist in der geänderten Form einstimmig angenommen.

I. Öffentlicher Teil

Mündlicher Bericht über den aktuellen Sachstand der SARS-COV 2 Pandemie

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, gibt einen kurzen prägnanten Überblick über die Situation.

Zurzeit sei man in einer **neuen Phase der Pandemie**. Der Phasenübergang sei charakterisiert durch:

- eine hohe Inzidenz (jetzt rückgängig)
- eine geringe Krankheitsschwere und
- eine günstige Wetterlage

Die Faktoren seien günstig, sodass diese Welle bald überstanden sein werde. Man sei jetzt in einer **rückgehenden Phase**. Planungen einer Rücknahme der Restriktionen seien durchaus sinnvoll. Die Krankenhausbelastung, die am Anfang immer ein wichti-

ges Kriterium gewesen sei, sei derzeit nicht alarmierend. Die Impfstellen dürften nicht schnell und leichtfertig wieder aufgegeben werden. Die Begründung für die Grundrechts einschränkung war, dass die Kapazitäten in der Versorgung erkrankter Menschen in Takt gehalten und geschützt werden müssten. Dieses Argument für die ganz erhebliche Einschränkung falle weg.

Die Phase sei weiter charakterisiert durch:

- "Pandemiemüdigkeit", d.h. deutlich rückgängige Impfwünsche
- nicht gute Impfsituation
- „Ohnmacht“, die noch nicht erreichten Menschen jetzt in einer großen Zahl doch noch zu erreichen
- Impfpflicht und einrichtungsbezogene Impfpflicht würden eher wieder in ihrer Durchführung in Frage gestellt werden. Impfpflicht sei genau genommen eine rechtliche Impfnachweispflicht, die wahrscheinlich in einem Stufenplan realisiert werden würde.

In den kommenden Karnevalstagen in Köln werde die Testkapazität eine Herausforderung sein.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna wirft ein, heute gab es einen Presseartikel in dem stand: „dass die Apotheker so wesentlich schlauer sind als alle anderen Menschen auf der Welt inklusive Herrn Dr. Nießen“ und fragt, ob das so sei.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen antwortet, die POC-PCR (Schnelltest und PCR-Test) Testmethode sei eine andere, schnellere und sicherere Nachweismethode, die in einzelnen Testzentren in Köln schon praktiziert würde. Er unterlegt den Beitrag von Herrn Dr. Rau mit der **Präsentation „Medizinische Lage Köln-2022-02-15“** (siehe anbei). Er merkt an, es hätte ein kleines Problem mit der Software gegeben, die so vielen Fällen nicht gewachsen war. Dieser Mangel sei durch eine neue Software des Robert Koch Instituts behoben worden.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller erläutert die **Präsentation „Corona Pandemie Operativ taktische Lage“** (siehe anbei).

RM Herr Paetzold fragt nach präziseren Angaben zur Ausgestaltung des Stufenplans bezogen auf die einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen antwortet, der Stufenplan sähe vor, dass die Einrichtungen bis zum 15.03. mitteilen, wer dort als Ungeimpfter bekannt sei. Der Arbeitgeber müsse in einem ersten Schritt erstmal erfassen, was bei ihm los sei. Die 2. Stufe wäre die schriftliche Anhörung, d. h. ein Bogen, auf dem man sich dazu äußern könnte. Möglicherweise würde ein Bußgeld damit einhergehen, was momentan noch ungeklärt sei.

RM Frau Gärtner fragt, ob Erkenntnisse darüber vorlägen wie hoch der Anteil der geboosterten Heimbewohner in Köln sei.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen antwortet, in Kölner Krankenhäusern würden 2-5 % des Personals als nicht geimpft eingeschätzt werden. Ähnliche Werte werden für Altenheimen angenommen. Es gehe um insgesamt knapp 10.000 Menschen in Köln, mit denen man dann im Rahmen des Gesetzes zu tun haben werde.

SE Frau Houben fragt, ob es Aufstellungen dazu gäbe, wieviel Menschen wegen Covid im Krankenhaus seien und wie viele Menschen als Zufallsbefund Covid-positiv diagnostiziert würden.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, zurzeit gäbe es häufig Patienten, die wegen etwas anderen ins Krankenhaus kämen und bei der Eingangstestung würde festgestellt, dass sie auch infiziert seien. Es wären jetzt etwa 50 %, vereinzelt 75 %. Es gäbe eine neue Entwicklung: weil der Anteil der Infizierten, die Symptome entwickelten etwa bei 60/70 % läge, entwickelten diese im Krankenhaus plötzlich auch Covid Symptome und bei einigen Erkrankungen hätte dies eine richtungsgebende Verschlimmerung. Im Rheinland seien die Krankenhäuser zurzeit besonders hoch belastet.

SE Herr Dr. Quinkler berichtet, an Wochenenden beständen Schwierigkeiten an Antikörpertherapie zu kommen und fragt, ob auch an Wochenenden eine solche Versorgung gegeben sei.

Der Leiter des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Nießen berichtet in Köln Merheim gäbe es von Montag bis Freitag die Möglichkeit der Antikörpertherapie.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, Antikörpertherapie mit entsprechenden Präparaten gäbe es nur in bestimmten Apotheken, mit denen nur bestimmte Krankenhäuser Kontakt hätten. Er schlägt vor, dass sich die Krankenhäuser mit Merheim zusammenschließen sollten, damit sie eine günstigere Belieferung bekämen.

SE Frau Böll fragt, ob es Modellierungen zur Auswirkung der Karnevalstage auf die allgemeine Entwicklung gäbe.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, antwortet, Versammlungen im öffentlichen Raum unter den Bedingungen Maske, 2 G, 3 G etc. machten Mut, genau die Konstellation zu fahren, die man jetzt vorsähe.

Zur Kenntnis genommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna geht zur Tagesordnung über und stellt fest:

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Es liegt nichts vor.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Es liegt nichts vor.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Bemühungen der Stadt Köln, den Fachkräftemangel in der Pflege positiv zu beeinflussen AN/2084/2021

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, räumt ein, dass die Beantwortung der Frage schon lange ausstehe und bittet um Verzeihung, dass es so lange dauere. Das Thema sei in Bearbeitung und es werde bald Ergebnisse geben.

Ein Hintergrund sei, dass die Verwaltung gerade mit Hochdruck an dem Projekt „Zukunft Pflege“ arbeite, wo unter anderem an den hier aufgeworfenen Fragen gearbeitet würde.

Jede Einrichtung suche aus eigenem Überlebenstrieb heraus alle Möglichkeiten zur Personalaquise und -haltefaktoren zu aktivieren, Push von der Verwaltung würde nicht unbedingt noch benötigt.

Zwischenergebnis: „die Verwaltung ist extrem dran an dem Thema.“ Die lange Verzögerung heiße nicht, dass die Verwaltung das Thema nicht auf dem Schirm habe, sondern dass sie sich sehr intensiv damit beschäftige und es hoffentlich auch bald weitere Informationen gäbe.

Wichtige Zwischeninformation: Ein Merkmal sei die Wohnsituation in Köln: im vergangenen Jahr sei es gelungen 1999 Wohnungen, die auf dem Gelände der Uniklinik entstehen als geförderten Wohnraum zu genehmigen, der vorrangig bzw. prioritär für Pflegekräfte zur Verfügung stehen solle.

RM Frau Röhrig findet das zuvor genannte Konzept gut, merkt jedoch kritisch an, dass bei den Kliniken der Stadt Köln ein ganzes Personalwohnheim verkauft wurde und kein adäquater Ersatz für die Beschäftigten geschaffen wurde.

SE Herr Nowak wirft ein, noch nie von dem Bauprojekt gehört zu haben.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, entgegnet, der Antrag sei im eigenen Dezernat eingegangen und positiv beschieden worden und empfiehlt wegen der baulichen Umsetzung gegebenenfalls beim Uniklinikum nachzufragen.

Die Beantwortung durch die Verwaltung liegt noch nicht vor.

Geschoben in die nächste Sitzung des Gesundheitsausschuss.

3.2 Corona im Abwasser AN/2394/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, zu dem Thema sei eine Pressemitteilung erstellt worden und man wäre jetzt in dem Zustand, es kostenfrei oder kostenarm für die Stadt Köln darzustellen.

SE Frau Houben bemängelt die fehlende Beantwortung. „Inhaltlich“ sei sie erfreut, dass es jetzt umgesetzt ist. Der Ausschuss hätte den Inhalt abgelehnt weil kein Finanzierungsvorschlag vorlag.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau merkt an, Köln sei als eine von 20 Modellkommunen gefördert, das Abwasserscreening als Entwicklungsauftrag weiter zu entwickeln. Einige Faktoren fehlten noch in den Modellen, so dass das Ziel einer quantitativen Abschätzung derzeit noch nicht zuverlässig möglich sei. Die Methode hätte noch einen Entwicklungsgrad, was jedoch nichts an der Tatsache ändere, dass eine Antwort ausstehe.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna rät dringend dazu, in der nächsten Ausschuss-sitzung die Antwort für Frau Houben parat zu haben.

RM Frau Gärtner „rückt zurecht“, der Antrag wäre u.a. vom Rat abgelehnt worden weil die Stadt das nicht bezahlen sollte.

RM Herr Paetzold betont, der Antrag sei abgelehnt worden, weil die Stadt Köln nicht Geber von Forschungsmitteln sei, sondern das müssten andere Institutionen tun.

SE Frau Houben möchte anmerken, dass sie den Antrag im Gesundheitsausschuss gestellt habe und dass er abgelehnt wurde weil ein Finanzierungsvorschlag nicht dabei war.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst zusammen, es wären nun alle froh sind, dass es nun funktioniere und bedankt sich bei allen Beteiligten, die den Ausschlag gegeben hätten, die sich über eine Finanzierung Gedanken gemacht hätten und die es jetzt ins Ziel gebracht hätten.

Die Beantwortung durch die Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.3 Drogenkranke Menschen in Köln AN/2618/2021

Durch Beantwortung erledigt.

3.3.1 Beantwortung der Anfrage "Drogenkranke Menschen in Köln" (AN/2618/2021) 0328/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hält fest, dieser Punkt wäre durch Beantwortung erledigt und es gäbe keine Nachfragen.

Zur Kenntnis genommen.

3.4 Impf- und Testangebote für Obdachlose, Wohnungslose, Menschen ohne Papiere und Geflüchtete in Sammelunterkünften AN/0074/2022

Durch Beantwortung erledigt.

3.4.1 Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Rat "Impf- und Testangebote für Obdachlose, Wohnungslose, Menschen ohne Papiere und Geflüchtete in Sammelunterkünften" (AN/0074/2022) 0169/2022

RM Herr Paetzold bedankt sich für die vollumfängliche Beantwortung und sagt, die Fraktion sei über die Antwort erfreut.

Durch Beantwortung erledigt.

3.5 Schwangerschaftsabbrüche in Kölner Krankenhäusern AN/2602/2021

Durch Beantwortung erledigt.

3.5.1 Beantwortung: Schwangerschaftsabbrüche in Kölner Krankenhäusern 0288/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bittet Herrn Dr. Rau das Thema und die Antwort an die kommunale Gesundheitskonferenz zumindest zur Kenntnisnahme weiterzuleiten. Er kündigt an, wenn bezüglich §219 StGB eine neue Sachlage aus Bundesebene vorläge, würde die Fraktion wieder auf das Thema zurückkommen und würde sich freuen, wenn das möglichst konsensual mit anderen Fraktionen gemacht werden könne.

Dr. Rau wird das Thema an die kommunale Gesundheitskonferenz weiterleiten.

3.6 Erhöhte Wartezeiten für Patienten in den Notaufnahmen der rechtsrheinischen Krankenhäuser? AN/0296/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna vermutet, bei der Anfrage handele es sich um ein Missverständnis und die Notaufnahme wäre gemeint. Nach seinem Kenntnisstand sei die Viszeralchirurgie nicht verlagert worden, sondern die Notaufnahme.

SE Frau Houben erklärt, wenn die Notfallaufnahme nicht mehr zuständig wäre, sei die Chirurgie auch nicht mehr da.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna legt fest, dass die Antwort abgewartet werden soll.

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen sagt, die Antwort läge bereits vor, aber wäre noch nicht eingestellt und würde beim nächsten Mal kommen.

Der Ausschussvorsitzende Dr. Unna legt fest, das Thema nächstes Mal nochmal auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Beantwortung durch die Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.7 Pflege in der Krise – Teilzeitausbildung und kommunale Unterstützung AN/0336/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, die Beantwortung durch die Verwaltung läge noch nicht vor.

Die Beantwortung durch die Verwaltung liegt noch nicht vor.

3.8 "Nora" für Hörgeschädigte AN/0339/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass eine Beantwortung vorliegt.

SE Frau Houben bedankt sich für die prompte Antwort.

Durch Beantwortung erledigt.

3.8.1 Antwort: Nora-App für Hörgeschädigte AN/0339/2022 0546/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass eine Beantwortung vorliegt.

SE Frau Houben bedankt sich für die prompte Antwort.

Zur Kenntnis genommen.

3.9 Schuleingangsuntersuchungen AN/0340/2022

Durch Beantwortung erledigt.

3.9.1 Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zu Schuleingangsuntersuchungen (AN/0340/2022) 0519/2022

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen argumentiert aufgrund der Bekämpfung der Pandemie sei für das laufende Schuljahr nur 2 % Fortschritt erzielt worden.

Es würden im Laufe des Schuljahrs über 90 % der Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt. Er stellt in Aussicht, der nachvollziehbare Beitrag aus 2021 könne in 2022 wieder eingeholt werden.

Vor Corona hätte Köln 100 % erzielt. Eine Großstadt wie Köln sei mit 10.000 Eingangsuntersuchungen sehr gut aufgestellt. Wenn in diesem Schuljahr 90 % erzielt würden, wäre das im nationalen Vergleich viel.

Bis zu den Sommerferien sollten noch 9.000 Untersuchungen stattfinden.

RM Herr Paetzold stellt heraus, momentan würde das Schuljahr 2021/2022 laufen.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen bestätigt bis zu den Sommerferien seien noch 9.000 Untersuchungen geplant, damit 90 % geschafft würden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr Unna fasst zusammen, Informationen für das folgende Schuljahr müssten noch nachgeliefert werden und die Antwort sollte auch an den Schulausschuss weitergeleitet werden.

Nachfolgend die **nachzuliefernden Informationen**:

„Frage 1 bezieht sich auf das Schuljahr 2021/2022 (aktuell laufendes Schuljahr) und

Frage 2 bezieht sich auf das kommende Schuljahr 2022 / 2023 (Beginn im Sommer 2022):

Schuljahr 2021 / 2022

- *ist das aktuell laufende Schuljahr*
- *die Kinder wurden im August 2021 eingeschult*
- **von diesen Einschulungskindern konnten 27 % untersucht werden**
- *die Schuleingangsuntersuchungen für diesen Jahrgang mussten im Oktober 2021 beendet werden, da seit November 2021 die Einschulungsuntersuchungen für das nächste Schuljahr (2022/2023) laufen*

Schuljahr 2022 / 2023

- *ist das Schuljahr, welches im August 2022 beginnt*
- *die Schuleingangsuntersuchungen für die Einschulung im Sommer 2022 laufen aktuell (seit November 2021)*

- 9000 Termine sind bis zum Sommer für diese SEU eingeplant“

**Es werden noch weitere Informationen zum folgenden Schuljahr nachgeliefert.
Der Schulausschuss bekommt die Antwort weitergeleitet.**

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Liberalisierte Drogenpolitik – Chancen für den Neumarkt und weitere Plätze mit besonderem Handlungsbedarf nutzen AN/2617/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr Unna wiederholt Punkt 4.1 sei verschoben.
Geschoben in die nächste Sitzung des Gesundheitsausschuss.

4.2 Kurzfristige Corona-Schutzmaßnahmen an Schulen AN/0367/2022

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, dieser Punkt sei per Dringlichkeit auf die Tagesordnung gekommen. Es sei eine kleine Maßnahme, die Ihre Effizienz bewiesen habe und die zumindest bis zu den Osterferien finanzierbar sowie kurzfristig umsetzbar wäre und keinen großen technischer Aufwand und keine Folgekosten habe. Aus diesen Gründen würde die Maßnahme von Bündnis 90/Die Grünen als einen Schritt in die richtige Richtung befürwortet.

RM Frau Gärtner stimmt dem Antrag auch zu.

SE Frau Houben fragt nach Mengen und Kosten für die Maßnahme.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna sagt, es gäbe ca. 160.000 Schüler in der Stadt und es wäre als Prüfauftrag formuliert.

RM Herr Paetzold stimmt dem Antrag zu.

Die Stadtdirektorin Frau Blome erklärt, für Maßnahmen zur Gefahrenabwehr sei der Krisenstab der Stadt Köln zuständig. Es könne direkt am Freitag auf die Agenda des Krisenstabs gesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. Frau Blome bringt das Thema am Freitag in den Krisenstab ein.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Weiterentwicklung der niedrigschwelligen, ambulanten und offenen Kontakt- und Beratungsangebote in den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) 3681/2020

SE Herr Medenbach würde die Vorlage gern um einen Satz ergänzen: „Würde gern die Verwaltung beauftragen, dass die Finanzierung dieser Stellen ab 2023 sichergestellt ist.“

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst abschließend zusammen: „Antrag so wie er ist ja, aber für das Jahr 23 folgende ist es aus fachlicher Sicht wünschenswert, das Programm so wie es ist zu verstetigen.“ Über den Antrag mit Änderung wird abgestimmt.

Beschluss:

1. Der Rat erkennt den Bedarf an zusätzlichen Personalstellen bei den Kontakt- und Beratungsstellen (KoBS) und dem Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) in den Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) aller Stadtbezirke Kölns von insgesamt 21,5 VZÄ (hiervon 11 VZÄ in Trägerschaft und 10,5 Stellen bei 53) grundsätzlich an. Die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel sowie der personellen Aufstockung ab 2023 steht unter Haushalts- und Finanzierungsvorbehalt.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass mit den zusätzlichen Finanzmitteln aus dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst 6,0 VZÄ Sozialarbeiterstellen bereits zum Stellenplan 2022 eingerichtet werden können.
3. Der Rat erkennt den Bedarf für die zusätzlichen 3,0 Facharztstellen und 1,5 Verwaltungsstellen grundsätzlich an. Die personelle Aufstockung ab 2023 steht unter Haushalts- und Finanzierungsvorbehalt.
4. Der Rat bittet die Verwaltung, eine Verstetigung dieser Leistung vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. Der Gesundheitsausschuss empfiehlt der Beschlussvorlage aus fachlicher Sicht für 2023ff zuzustimmen.

5.2 Haushaltsplan 2022 - hier: Freigabe der in Teilergebnisplan 0701 - Gesundheitsdienste veranschlagten Mittel für Transferaufwendungen 4020/2021

Beschluss:

1. Der Gesundheitsausschuss beschließt, nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung die im Haushaltsplan 2022 in Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste, in Teilplanzeile 15, für den Träger Aidshilfe mit Haushaltsvermerk zusätzlich und einmalig veranschlagten Transferaufwendungen in Höhe von 250.000 € freizugeben.
2. Der Finanzausschuss beschließt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Gesundheitsausschusses, die schlussendliche Freigabe der Mittel in Höhe von 250.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.3 Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel – bürger*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit in Köln“ 4270/2021

RM Frau Gärtner merkt an, der Beschluss des Sozialausschusses sei noch nicht eingestellt und möchte darum bitten, dass in der Fassung Sozialausschuss beschlossen würde.

RM Frau Seiger schließt sich für die Fraktion der Grünen dem an.

RM Herr Paetzold bestätigt die Ausführungen von Frau Gärtner.

RM Frau Röhrig stimmt dem zu.

Beschluss:

Der Rat nimmt das Handbuch „Bürger*innen- und Sozialraumorientierung in Köln“ zur Kenntnis und beschließt dieses als neue Handlungsgrundlage für eine einwohner*innen- und sozialraumorientierte Zusammenarbeit der Verwaltung mit den Trägern der Sozialraumkoordination im Rahmen des gleichlautenden Programms.

Abstimmungsergebnis:

Es wurde der geänderten Fassung des Sozialausschusses - sie ist noch nicht eingestellt - einstimmig zugestimmt.

5.4 Bedarfsfeststellung des Beschaffungsprogrammes 2022 für die Fahrzeuge des Brandschutzes, der Technischen Hilfeleistung und des Rettungsdienstes der Feuerwehr Köln 4363/2021

RM Herr Paetzold fragt, ob es bezüglich der E-Mobility Erfahrungswerte aus Berlin gäbe, die für Köln eingesetzt werden könnten.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller antwortet, man befinde sich im fachlichen Austausch mit den Gremien, den Herstellern und den Fahrzeugen und versuche ausreichend resilient zu sein, wenn Energieträger wegbrechen.

Beschluss:

1. Der Rat stimmt dem dargestellten Bedarf zur Neu- bzw. Ersatzbeschaffung der aufgelisteten Fahrzeuge gem. Anlage II im Bereich Brandschutz in Höhe von 4.940.000 € brutto und im Bereich Rettungsdienst in Höhe von 3.032.000 € brutto zu
2. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 632.000 € brutto sowie die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4.308.000 € brutto zu Lasten der Haushaltsjahre 2023 und 2024 (1.800.000 € in 2023 und 2.508.000 € in 2024) im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge Brandschutz.

Weiterhin beschließt der Rat im Haushaltsjahr 2022 die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 300.000 € brutto sowie die Freiga-

be von Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.732.000 € brutto zu Lasten der Haushaltsjahre 2023, 2024 und 2025 (1.536.000 € in 2023, 954.000 € in 2024 und 242.000 € in 2025) im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Teilplanzeile 09, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge Rettungsdienst.

Zur Ablösung der vorgenannten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt 7.040.000 € brutto werden im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2023 ff. (inkl. Mittelfristplanung) entsprechende Auszahlungsermächtigungen bei den Finanzstellen 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge Brandschutz und 3703-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge Rettungsdienst in den Haushaltsjahren 2023 ff. eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.5 Weiterführung des Projektes „Plan27“ – Zugehende Hilfe für junge Menschen mit psychischen Problemen bis 27 Jahre zur Überleitung ins Regelsystem und Entwicklung einer beruflichen Perspektive 4440/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt die Weiterführung des bisher mit kommunalen Mitteln bis zum 30.04.2022 geförderten Projektes „Plan27“ um weitere zwei Jahre bis zum 30.04.2024.

Gefördert werden sollen:

- a) bei dem Träger „Sozialpsychiatrisches Zentrum (SPZ) Köln-Nippes und Köln-Chorweiler e.V.“ im linksrheinischen Norden Kölns wie bisher eine halbe Vollzeitstelle.
- b) bei dem Träger „Der Sommerberg AWO Betriebsgesellschaft mbH“, im rechtsrheinischen Kölns wie bisher eine ganze Vollzeitstelle.
- c) bei dem Träger „Alexianer Köln GmbH“ im linksrheinischen Süden Kölns wie bisher eine halbe Vollzeitstelle. Zusätzlich soll der Träger für die Koordination des Verbunds der drei Träger eine Förderung für eine weitere Drittel Vollzeitstelle erhalten.

Seitens des Jobcenter Kölns liegt eine Zusage bezüglich einer zukünftigen Förderungsbeteiligung auf Basis des § 16h SGB II (Bundesmittel) vor. Der auf die Verwaltung entfallende Anteil zur Finanzierung reduziert sich dadurch von einer Vollfinanzierung auf eine Anteilsfinanzierung in Höhe von 35 Prozent.

Dem entsprechend ist die rechtskreisübergreifende Förderung zu folgenden Anteilen vorgesehen:

Durch das Jobcenter Köln	65 %
durch das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren (Amt 50)	25 %
durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie (Amt 51)	10 %

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

6 Mitteilungen

6.1 Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe Kölnberg 0268/2022

SE Frau Böll bedankt sich für den tollen Bericht und die Präsentation. Es würde interdisziplinär daran gearbeitet, dass nachhaltig eine Verbesserung stattgefunden habe. Es scheine auf dem richtigen Weg zu sein. Hätte die Bitte, dass nach einem halben Jahr oder Sommerpause nochmal Bericht erstattet würde. Berichtet in der Umgebung von Kölnberg läge Müll auf den Feldern und hänge in den Bäumen.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen erläutert die „**Präsentation 15.02.2022 Gesundheitsausschuss Rattenplage Drogenkonsumraum**“ (siehe anbei).

Frau Dr. Kaiser vom Ordnungsamt erläutert die Präsentation zum Punkt Rattenplage und sagt einen weiteren Bericht vor der Sommerpause zu.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna wertet den Istzustand als deutliche Verbesserung der Situation und hofft, dass es auch nachhaltig so bleibe.

Zur Kenntnis genommen.

6.2 Refinanzierung der Ausbildung von Notfallsanitäter*innen im Rettungsdienst Köln 4126/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, zu diesem Punkt gäbe es keine weiteren Sachfragen, Anmerkungen und Beiträge.

Zur Kenntnis genommen.

6.3 "dieKümmerei" - Gesundheitsnetzwerk für niedrigschwelligen Zugang zu medizinischen und sozialen Leistungen im Sozialraum 0270/2022

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, erläutert, „dieKümmerei“ sei ein Leuchtturmprojekt in Chorweiler. Es wäre initiiert und finanziert durch die Krankenkassen (AOK, Techniker) mit der Idee, ein medizinisches Begleitungsangebot in die Sozialräume, dort wo die medizinische Versorgung vor Ort relativ dünn ist, zu bringen. Es wäre gedacht als neues Projekt und habe sich in der Pandemie als extrem wirksam erwiesen. Er hoffe, dass das der Anfang von Projekten sei, die hoffentlich auch noch in andere Sozialräume gebracht werden könnten und plane mit Fragen der Finanzierung wieder auf die Politik zuzukommen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bemerkt eine gewisse Parallele zum Gedanken des Gesundheitskiosks.

Zur Kenntnis genommen.

6.4 3. Quartalsbericht 2021 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln 0329/2022

SE Frau Böll bemängelt fehlende Ausführungen zu konkreten Gewaltpräventionsmaßnahmen und fragt, in welchen Häusern es fehlende strukturierte Verfahren zum Umgang mit der Kindeswohlgefährdung gäbe.

SE Frau Houben fragt, ob eine Nachfolgebesetzung der zum 31.07.21 ausgeschiedenen Ombudsfrau durchgeführt werden konnte?

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau, sichert zu, beide Informationen würden schriftlich nachgereicht.

Die Antworten zu Fragen zur Kindeswohlgefährdung und der Stellenbesetzung der Ombudsfrau werden schriftlich nachgeliefert

6.5 Personalentwicklung im Gesundheitsamt während der Corona-Pandemie 0468/2022

RM Herr Paetzold lobt die Arbeit des Gesundheitsamts, insbesondere, den Abbau des Staus von zwischenzeitlich 17.000 Meldungen und Neueinstellungen von 2.000 Mitarbeitern innerhalb von 2 Jahren.

SE Frau Houben möchte wissen, ob die neueingestellten ärztlichen Kollegen (10 %, fast 141 Personen) dauerhaft bleiben könnten.

Die Stadtdirektorin Frau Blome betont, unter den Neueingestellten seien viele Ärzte und viele Teilzeitmitarbeiter und es sei eine „riesen Kraftanstrengung des Personal- und Gesundheitsamtes“ gewesen. Inwieweit das Gesundheitsamt unbesetzte Ärztestellen für die Neueinstellungen hat, könne nicht beurteilt werden.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen stellt heraus, ein Teil der Neueinstellungen würde auch vom Land und vom Bund bezahlt. Es wären mit dem ÖVD-Pakt über 50 Stellen in einem Wert von 120.000 Euro je Stelle genehmigt worden. In der ersten Tranche konnten 27 Ärzte eingestellt, in der zweiten ab 2022 nochmal 30 Stellen geschaffen werden. Diejenigen, die sich besonders bewährt hätten, sollten eingestellt werden. Bei jungen Ärzten*innen bestehe die Hoffnung, dass sie nach der Facharztausbildung wieder zurückkommen.

RM Frau Röhrig fragt, ob der überwiegende Teil befristet eingestellt wurde.

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen antwortet, befristete Einstellungen erfolgten bis Ende April/Juni und fasst zusammen, zur wirkungsvollen Pandemiebekämpfung gäbe es immer wieder befristete Verträge.

RM Frau Röhrig fragt, ob dann Stellen trotzdem noch unbefristet besetzt würden?

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen legt dar, im Rahmen des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst wären 4 Mrd. Euro über alle Gesundheitsämter verteilt worden. Köln bekam 2,2 Mio. davon in der 1. Tranche, wovon schon 25 Stellen dauerhaft unbefristet besetzt werden konnten. Mit der 2. Tranche würden 30 Mitarbeiter dauerhaft unbefristet an das Gesundheitsamt gebunden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna erwähnt, Herr Dr. Nießen berät die Bundesregierung zusammen mit Herrn Prof. Karagannidis, der bei den Kliniken der Stadt Köln arbeitet.

Zur Kenntnis genommen.

6.6. Drogenkonsumraum

Der Leiter des Gesundheitsamts Herr Dr. Nießen sagt, die Entscheidung für einen Drogenkonsumraum wäre in 2017 schon getroffen worden und erläutert eine „**Präsentation vom 15.2.2022 zum Drogenkonsumraum**“ (siehe anbei). Am 26.01.2022 sei mit den Baumaßnahmen angefangen worden. Beim Bau ergaben sich Überraschungen beispielsweise wäre eine Mauer nicht durchgängig gezogen worden und musste jetzt nochmal neu gemauert werden. Der Drogenkonsumraum nehme Formen an und der Fertigstellungstermin würde sich um 2 Wochen nach hinten verschieben. Zieltermin sei sehr wahrscheinlich der 1. Mai 2022.

7 Mündliche Anfragen

Gez.

Dr. Ralf Unna, Vorsitzender

Gez.

Sabine Niemeyer, Schriftführerin